Inhaltsverzeichnis

•	
Antrag 01/I/2019 Antrag 01/I/2019 Änderung § 23 Organisationsstatut der SPD (Parteivorstand)	Landesvorstand
Antrag 02/I/2019 Antrag 02/I/2019 Änderung § 13 Organisationsstatut der SPD (Mitgliederentscheid	Landesvorstand
Antrag 03/I/2019	Landesvorstand
Antrag 03/I/2019 Änderung § 13 Organisationsstatut der SPD (Mitgliederentscheid	
Antrag 04/I/2019	Landesvorstand
Antrag 04/I/2019 Verfahrensrichtlinie zum Mitgliederentscheid gemäß § 13 (7) Org	ganisationsstatut
Antrag 05/I/2019 Antrag 05/I/2019 Änderung § 13* Organisationsstatut der SPD (Mitgliederentschei	Landesvorstand d im Landesverband Berlin)
Antrag 06/I/2019 Antrag 06/I/2019 Änderung § 15 Organisationsstatut der SPD (Parteitag, Zusamme	Landesvorstand
	<u>.</u>
Antrag 07/I/2019 Antrag 07/I/2019 Änderung § 15* Organisationsstatut der SPD (Landesparteitag)	Landesvorstand
Antrag 08/I/2019 Antrag 08/I/2019 Änderung § 22 a* Organisationsstatut der SPD (Kreisdelegierten	Landesvorstand versammlung)
Antrag 09/I/2019 Antrag 09/I/2019 Änderung § 35 Organisationsstatut der SPD (Parteiordnungsverf	Landesvorstand ahren)
Antrag 10/1/2019 Antrag 10/1/2019 Änderung § 35 Organisationsstatut der SPD (Parteiordnungsverfa	Landesvorstand ahren)
Antrag 11/I/2019 Antrag 11/I/2019 Einfügen eines neuen § 1 * Wahlordnung als ergänzende statutaris bandes Berlin (Geltungsbereich)	Landesvorstand sche Bestimmung des Landesver-
Antrag 12/I/2019	Landesvorstand dedereihenfolge, Redezeit)
Antrag 12/I/2019 Änderung § 6 Geschäftsordnung für den Landesverband Berlin (R	

Statuten- und Richtlinienänderungen

Antrag 01/I/2019

Landesvorstand

Änderung § 23 Organisationsstatut der SPD (Parteivorstand)

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Der Bundesparteitag möge beschließen:

3

- 4 § 23 (1) Nr. f, Satz 1 Organisations statut wird wie folgt ge-
- 5 ändert:

6

- 7 Unter den in Einzelwahl zu wählenden Mitgliedern so-
- 8 wie unter den Mitgliedern des Parteivorstandes insge-
- 9 samt müssen Männer und Frauen mindestens zu 40 %
- 10 vertreten sein. Die Geschlechterquote muss auch bei der
- 11 Wahl der Stellvertreter / -innen Berücksichtigung finden.

12

- 13 Siehe dazu Antrag 03/II/2018¹ sowie den dazugehörigen
- 14 Änderungsantrag 03.Ä1/II/2018²

Antrag 02/I/2019

Landesvorstand

Änderung § 13 Organisationsstatut der SPD (Mitgliederentscheid)

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Der Bundesparteitag möge Beschließen:

3

4 § 13 (1) Organisationsstatut wird wie folgt geändert:

5

- 6 Ein Mitgliederentscheid kann den Beschluss eines Organs
- 7 ändern, aufheben oder einen solchen Beschluss anstelle
- 8 eines Organs fassen. Der Kanzlerkandidat oder die Kanz-
- 9 lerkandidatin der SPD wird durch Mitgliederentscheid be-
- 10 stimmt, wenn mehr als eine Bewerbung vorliegt.

11

- 12 Siehe dazu Antrag 01/II/2018 "Für eine starke SPD in Berlin:
- 13 SPD organisatorisch erneuern", Seite 4 Zeilen 159-162

Antrag 03/I/2019 Landesvorstand

Änderung § 13 Organisationsstatut der SPD (Mitgliederentscheid)

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Der Bundesparteitag möge beschließen:

3

- 4 § 13 (3) und 4 Organisationsstatut werden wie folgt geän-
- 5 dert und ein neuer Absatz 5 eingefügt:

- 7 (3) Ein Mitgliederentscheid findet aufgrund eines Mit-
- 8 gliederbegehrens statt. Das Mitgliederbegehren muss ei-
- 9 nen konkreten Entscheidungsvorschlag enthalten und mit
- 10 Gründen versehen sein. Es kommt zustande, wenn es bin-
- 11 nen einer Frist von drei Monaten von fünf Prozent der Mit-
- 12 glieder unterstützt wird.

13

- 14 (4) Ein Mitgliederentscheid findet ferner statt, wenn es
- 15 a) der Parteitag mit einfacher Mehrheit
- 16 b) oder der Parteivorstand mit Dreiviertelmehrheit be-
- 17 schließt
- 18 c) oder wenn es mindestens zwei Fünftel der Bezirksvor-
- 19 stände oder der Unterbezirksvorstände beantragen
- 20 Diese Beschlüsse oder Anträge müssen einen Entschei-
- 21 dungsvorschlag enthalten und mit Gründen versehen
- 22 sein.

23

- 24 (5) Außerdem können vor Abschluss von Koalitionsverträ-
- 25 gen auf Bundes- und Landesebene die Mitglieder über das
- 26 geplante Regierungsbündnis entscheiden.

27

- 28 Siehe dazu Antrag 01/II/2018 "Für eine starke SPD in Berlin:
- 29 SPD organisatorisch erneuern"Seite 4 Zeilen 164-165 und
- 30 Seite 5 Zeilen 174-179

Antrag 04/I/2019 Landesvorstand

Verfahrensrichtlinie zum Mitgliederentscheid gemäß § 13 (7) Organisationsstatut

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Der Bundesparteitag möge beschließen:
- 3 Der Parteivorstand möge beschließen:

4

- 5 Der Parteivorstand wird aufgefordert, in der Verfahrens-
- 6 richtlinie für Mitgliederentscheide gemäß § 13 (7) OrgS-
- 7 tatut zu regeln, dass die Anliegen bei Mitgliederbegeh-
- 8 ren oder die Abstimmungsalternativen bei Mitgliederent-
- 9 scheiden in der Partei möglichst elektronisch oder auf den
- 10 üblichen innerparteilichen Informationskanälen und oh-
- 11 ne zusätzliche Kosten zu verursachen bekannt zu machen
- 12 sind. Dabei soll stets die Chancengleichheit gewahrt wer-
- 13 den. Die Unterschriften werden in den Geschäftsstellen
- 14 gesammelt.
- 15 Siehe dazu Antrag 01/II/2018 "Für eine starke SPD in Berlin:
- 16 SPD organisatorisch erneuern" Seite 5 Zeilen 181-186

Antrag 05/I/2019

Landesvorstand

Änderung § 13* Organisationsstatut der SPD (Mitgliederentscheid im Landesverband Berlin)

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 § 13* Organisationsstatut wird wie folgt geändert:

4

- 5 (1) Für einen Mitgliederentscheid auf Landes- und Kreis-
- 6 ebene gilt § 13 Organisationsstatut entsprechend, wobei
- 7 bei einem Mitgliederentscheid auf Landesebene an die
- 8 Stelle des Parteivorstandes der Landesvorstand und auf
- 9 Kreisebene der Kreisvorstand, an die Stelle von mindes-
- 10 tens zwei Fünftel der Bezirksvorstände auf Bundesebene
- 11 ein Drittel der Kreisvorstände tritt.

12

- (2) Die Spitzenkandidatur für die Wahl zum Abgeordne tenhaus wird durch Mitgliederentscheid bestimmt, wenn
 mehr als eine Bewerbung vorliegt. Das gleiche gilt, wenn
- menr als eine Bewerbung vorliegt. Das gleiche gilt, wenn außerhalb von Wahlen zum Abgeordnetenhaus eine No-
- 17 minierung für das Amt des Regierenden Bürgermeis-
- 18 ters/der Regierenden Bürgermeisterin notwendig wird.

19

- 20 (3) Außerdem können vor Abschluss von Koalitionsverträ-
- 21 gen auf Landesebene die Mitglieder über das geplante Re-
- 22 gierungsbündnis entscheiden.

23

- 24 (4) Der Landesvorstand erlässt Richtlinien, die die Verfah-
- 25 rensrichtlinien des Parteivorstandes gemäß § 13 Absatz 7
- 26 Organisationsstatut ergänzen.

27

- 28 (5) In diesen Richtlinien können auch Zugangsbeschrän-
- 29 kungen zur Teilnahme als Kandidat*in und Sonderrege-
- 30 lungen für den Fall einer äußerst kurzfristigen Wahl ge-
- 31 troffen werden.

32

- 33 Siehe dazu Antrag 01/II/2018 "Für eine starke SPD in Berlin:
- 34 SPD organisatorisch erneuern" Seite 4 Zeilen 159-165, Seite
- 35 5 Zeilen 174-176

Antrag 06/I/2019 Landesvorstand

Änderung § 15 Organisationsstatut der SPD (Parteitag, Zusammensetzung)

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Der Bundesparteitag möge beschließen:

3

4 § 15 (2) Organisationsstatut wird wie folgt geändert:

5

8

- 6 Mit beratender Stimme nehmen am Parteitag teil:
- 7 1. die beratenden Mitglieder des Parteivorstandes;
 - die Mitglieder der Kontrollkommission und der Bundesschiedskommission;
- 10 3. ein Zehntel der Bundestagsfraktion;
- 4. ein Zehntel der Gruppe der SPD-Abgeordneten im

Europaparlament.
 5. jeweils ein/e Delegierter/e der Arbeitsgemeinschaften, Themenforen und Arbeitskreise auf Bundesebene.
 6. die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
 Siehe dazu Antrag 01/II/2018 "Für eine starke SPD in Berlin:

SPD organisatorisch erneuern" Seite 9 Zeilen 356-357

Antrag 07/I/2019 Landesvorstand

Änderung § 15* Organisationsstatut der SPD (Landesparteitag)

Der Landesparteitag möge beschließen: 2 § 15* (2) Organisationsstatut wird wie folgt geändert: 3 4 Mit beratender Stimme gehören dem Landesparteitag an: 5 a) die Mitglieder des Landesvorstandes, 7 8 9 b) die Landesrevisoren und -revisorinnen, 10 c) die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, 11 12 d) die Vorsitzenden der Fachausschusse und Foren, 13 14 e) die Berliner Bundestagsabgeordneten, 15 16 f) die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats, 17 18 g) die sozialdemokratischen Staatssekretär*innen, 19 20 h) die dem Landesverband angehörenden Mitglieder des 21 Europäischen Parlaments, 22 23 i) die dem Landesverband angehörenden Mitglieder der Bundesregierung, 25 26 j) die sozialdemokratischen Mitglieder der Bezirksämter 27 28 29 Siehe dazu Antrag 01/II/2018 "Für eine starke SPD in Berlin:

SPD organisatorisch erneuern" Seite 9 Zeilen 351-354

Antrag 08/I/2019 Landesvorstand

Änderung § 22 a* Organisationsstatut der SPD (Kreisdelegiertenversammlung)

Der Landesparteitag möge beschließen: 3 § 22 a* (3) Organisationsstatut wird wie folgt geändert: 4 Mit beratender Stimme gehören der Kreisdelegiertenversammlung an: 6 7 a) die Mitglieder des Kreisvorstandes, 8 9 b) die Kreisrevisoren und -revisorinnen, 10 11 c) die Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung, 12 13 d) die dem Kreis angehörenden Vorsitzenden der Fachaus-14 schüsse, 15 16 e) die Vorsitzenden der vom Kreisvorstand eingerichteten 17 Facharbeitskreise auf Kreisebene. 18 19 f) die dem Kreis angehörenden sozialdemokratischen 20 Mitglieder der Bundesregierung und Staatssekretär*in-21 22 nen 23 24 Siehe dazu Antrag 01/II/2018 "Für eine starke SPD in Berlin: SPD organisatorisch erneuern" Seite 9 Zeilen 351-354

Antrag 09/I/2019 Landesvorstand

Änderung § 35 Organisationsstatut der SPD (Parteiordnungsverfahren)

Der Landesparteitag möge beschließen:
 Der Bundesparteitag möge beschließen:
 § 35 (1) Organisationsstatut wird wie folgt geändert:
 Parteischädigend verhält sich insbesondere, wer gegen
 1. die Statuten oder
 2. die Grundsätze oder
 3. die Ordnung der Partei verstößt.

Gegen ein Mitglied, dass sich parteischädigend verhält,
 kann ein Parteiordnungsverfahren durchgeführt werden.

14
 15 Gegen die Grundsätze der SPD verstößt insbesondere, wer
 16 das Gebot der innerparteilichen Solidarität außer Acht
 17 lässt oder sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

18
 19 Gegen die Ordnung der Partei verstößt insbesondere, wer
 20 beharrlich Beschlüssen des Parteitages oder der Parteior 21 ganisation zuwiderhandelt.

22

- 23 Siehe dazu Antrag 01/II/2018 "Für eine starke SPD in Berlin:
- 24 SPD organisatorisch erneuern" Seite 3 Zeilen 95-97.

Antrag 10/I/2019 Landesvorstand

Änderung § 35 Organisationsstatut der SPD (Parteiordnungsverfahren)

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Der Bundesparteitag möge beschließen:

3

4 § 35 (3) Organisationsstatut wird wie folgt geändert:

5

- 6 Auf Ausschluss kann nur erkannt werden, wenn das Mit-
- 7 glied vorsätzlich gegen die Statuten oder erheblich ge-
- 8 gen die Grundsätze oder die Ordnung der Partei verstoßen
- 9 hat und dadurch schwerer Schaden für die Partei entstan-
- 10 den ist. Ein schwerer Schaden entsteht insbesondere da-
- durch, dass öffentlich in Schriften oder mittels Rundfunk-,
- 12 Medien- oder Telediensten Menschen ihre Gleichwertig-
- 12 Medicii odci icicalciisteli Melisticii ilic olciciiwelab
- 13 keit aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Abstammung, ihrer
- Herkunft, ihres Glaubens, ihrer Behinderung oder ihrer se xuellen Identität abgesprochen wird. Wer aus der Partei
- 16 ausgeschlossen wurde, darf nicht länger in Gliederungen
- ausgeschlossen wurde, dan nicht langer in Gliederun
- 17 und Arbeitsgemeinschaften mitarbeiten.
- 18 (erneute Einbringung des Antrags 02/I/2013)

19

- 20 Siehe dazu Antrag 01/II/2018 "Für eine starke SPD in Berlin:
- 21 SPD organisatorisch erneuern" Seite 3 Zeilen 95-97.

Antrag 11/I/2019 Landesvorstand

Einfügen eines neuen § 1* Wahlordnung als ergänzende statutarische Bestimmung des Landesverbandes Berlin (Geltungsbereich)

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2
- 3 Einfügen eines neuen § 1 * Wahlordnung als ergänzen-
- 4 de statutarische Bestimmung des Landesverbandes Berlin
- 5 (Geltungsbereich)

6

- 7 Diese Wahlordnung gilt auch für Fachausschüsse im Lan-
- 8 desverband Berlin.

- 10 Siehe dazu Antrag 01/II/2018 "Für eine starke SPD in Berlin:
- 11 SPD organisatorisch erneuern" Seite 12 Zeilen 505-506.

Antrag 12/I/2019 Landesvorstand

Änderung § 6 Geschäftsordnung für den Landesverband Berlin (Redereihenfolge, Redezeit)

Der Landesparteitag möge beschließen: 1 2 § 6 Geschäftsordnung wird folgt geändert: 3 4 5 (1) Die Versammlungsleitung hat zu dem jeweiligen Tagesordnungspunkt zunächst dem Referenten oder der Referentin das Wort zu erteilen. Antragsteller erhalten das 7 8 Wort zur Begründung ihres Antrages. 9 10 (2) Anschließend findet die Debatte statt. Die Redelisten auf Landesparteitagen und Kreisdelegiertenversammlun-11 gen sollen nach dem Reißverschlussprinzip quotiert erstellt werden. Zur Redeliste zählt nicht die Einbringung 14 des Antrages. 15 (3) Die Versammlung kann die Redezeit auf eine bestimm-16 te Dauer begrenzen. 17 18 (4) Delegierte (bzw. Teilnehmende), die noch nicht das 19 20 Wort hatten, werden vorgezogen. 21 (5) Will sich der Leiter oder die Leiterin der Versammlung 22 an der Debatte beteiligen, so muss er oder sie in die Rede-23 liste eingetragen werden. Während seiner oder ihrer Rede führt der Stellvertreter oder die Stellvertreterin den Vor-25 26 sitz. 27 (6) Kurze Erklärungen und Erläuterungen, die geeignet 28 sind, die Debatte abzukürzen, kann die Versammlungslei-29 30 tung jederzeit abgeben. 31 32 (7) Nach der Debatte steht dem Referenten oder der Referentin das Schlusswort zu. 33 34

Antrag 13/I/2019 Landesvorstand

35

Änderung § 12 Geschäftsordnung für den Landesverband Berlin (Schluss der Debatte)

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:2
- 3 § 12 Geschäftsordnung wird folgt geändert:
- 5 Einen Antrag auf Schluss der Debatte darf nur ein Ver-6 sammlungsteilnehmer oder eine Versammlungsteilneh-

Siehe dazu Antrag 01/II/2018 "Für eine starke SPD in Berlin:

SPD organisatorisch erneuern" Seite 9 Zeilen 368-374.

7 merin stellen, der oder die sich an der Aussprache zum be-

- 8 treffenden Punkt der Tagesordnung nicht beteiligt hat.9
- Die Redeliste auf Landesparteitagen und Kreisdelegiertenversammlungen wird geschlossen, wenn die Quote
 nicht mehr eingehalten werden kann. Die Redeliste kann
 per Geschäftsordnungsantrag (der durch das Plenum gestellt wird) für jeweils drei weitere Personen eines Ge-

schlechts geöffnet werden.

- Das gilt nicht für die Aussprache oder Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten zu öffentlichen Wahlen.
- Siehe dazu Antrag 01/II/2018 "Für eine starke SPD in Berlin:
 SPD organisatorisch erneuern" Seite 9 Zeilen 368-374.



MARITIM BERLIN

BESCHLUSS DES LANDESPARTEITAGES:

FÜR EINE STARKE SPD IN BERLIN: SPD ORGANISATORISCH ERNEUERN

1. Einleitung

Nach den schlechten Wahlergebnissen der SPD auf Bundes- und Landesebene hallt der Ruf nach politischer und organisatorischer Erneuerung durch die Sozialdemokratische Partei. Dabei ist die Erwartung groß, dass sich die Partei neuen gesellschaftlichen Entwicklungen anpasst und für ihre Mitglieder attraktive, neue Beteiligungsverfahren und moderne innerparteiliche Strukturen bietet.

Um die zahlreichen Anträge im Gesamtzusammenhang zu beraten sowie Verfahrensvorschläge zu machen und ggf. Änderungen der Statuten vorzuschlagen, setzte der Landesparteitag der Berliner SPD eine Organisationspolitische Kommission ein.

Seit Januar 2018 befassten sich Vertreter*innen des Landesvorstands, aller Kreise, von Arbeitsgemeinschaften und der Statutenkommission mit der innerparteilichen Organisation.

 Die Kommission gliederte ihre Beratungen in 15 Arbeitsgruppen, die sich in unterschiedlichen Fragestellungen zum Beispiel mit der Betreuung und den Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder, mit der Organisationsstruktur, der Kampagnenfähigkeit, der Zusammenarbeit der Gliederungen oder dem Landesparteitag beschäftigten.

 Es ging sowohl darum, zu klären, was sich in der Vergangenheit bewährt hat, als auch, vorliegende Änderungsvorschläge zu diskutieren und - gegebenenfalls strittig - abzustimmen. Dabei gab es einstimmige Voten, oft aber auch mehr oder weniger knappe Mehrheitsentscheidungen und unveränderte Minderheitsmeinungen.

Bei aller Debatte im Detail war sich die Kommission einig, dass die Meinungs- und Willensbildung innerhalb der Partei auch künftig fair und transparent von unten nach oben organisiert werden muss.

Jedem Mitglied muss - unabhängig von *sozialer Klasse*, Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter oder anderer persönlicher Merkmale - das gleiche Recht garantiert werden, sich frei und ungehindert an der Meinungs- und Willensbildung der Partei zu beteiligen.

Zugleich müssen die demokratisch legitimierten Vorstände auf jeder Ebene handlungsfähig sein, damit die Partei in der politischen Auseinandersetzung bestehen und die eigenen Beschlüsse in Regierungshandeln umsetzen kann. Das wird ohne eine aktive Mitgliedschaft und gesunde Finanzen nicht gelingen.

Notwendig ist daneben ein breit angelegter Prozess für ein neues Grundsatzprogramm der SPD, damit sich die SPD glaubwürdig politisch neu aufstellen kann.



MARITIM BERLIN

42	2.	Mitg	liedei

Die SPD ist und bleibt eine Mitgliederpartei. Die Mitglieder tragen die Partei. Ohne das überwiegend ehrenamtliche Engagement der Genossinnen und Genossen wäre die SPD weder kampagnen- oder wahlkampffähig noch könnte sie ihrem Verfassungsauftrag gerecht werden, an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken.

Grundvoraussetzung für eine starke SPD ist ein attraktives, begeisterndes und glaubwürdiges Politikangebot. Nur damit können Wahlen gewonnen und politische Forderungen umgesetzt werden.

Die Analyse der Wahl 2017 ist aus Sicht der Organisationspolitischen Kommission eine gute Grundlage, um über Fehler der Vergangenheit zu diskutieren und dann konkrete Schlussfolgerungen zu ziehen. Ein Neuanfang bedarf neben innenorganisatorischer Neuerungen vor allem, dass künftig verlässliche und berechenbare politische Positionen erarbeitet werden, dass keine leere Versprechen gemacht werden, dass die SPD mit verständlicher Sprache spricht, mit der Zivilgesellschaft kooperiert sowie gut und wirksam regiert.

Dabei muss die SPD mit ihren Forderungen stets sichtbar bleiben und ihre Parteikultur pflegen. Für Mitglieder und Bürger*innen, die noch über ihren Beitritt nachdenken, ist wichtig, wie die SPD mit ihrer Geschichte umgeht, ob die Mitglieder wertschätzende Erfahrungen in der Partei machen, wie Entscheidungen in der SPD zustande kommen, welchen Einfluss Mitglieder tatsächlich haben und ob Hürden für ein aktives Engagement abgebaut werden müssen.

Deshalb gilt es, möglichst viele unserer Mitglieder für die Mitwirkung in der Partei zu begeistern, ihr Wissen und ihre Kenntnisse zu nutzen und sie für die Übernahme von Verantwortung vorzubereiten.

Um herauszufinden, welche Unterstützung die Mitglieder erwarten und was inaktive Mitglieder motivieren könnte, künftig mitzutun, schlägt die Kommission einen berlinweite elektronische Umfrage bei allen Berliner SPD-Mitgliedern vor.

Der Landesverband wird aufgefordert, auf geeignete Weise den Beruf sowie die Interessen, Spezialwissen und Zeitbudgets der Mitglieder auf freiwilliger Basis abzufragen und eine Bestandsanalyse vorzunehmen, die eine zielgruppenorientiertere Politik und ein verbessertes Einbinden der Mitglieder in spätere Projekte ermöglicht.

Die Mitglieder der SPD Berlin sollen in einer Onlinebefragung zu Ihren rassistischen Diskriminierungserfahrungen befragt werden.

Wir wenden uns gegen Sexismus, Rassismus und andere Diskriminierungen. Wir schaffen ein Klima, das dieses nicht duldet. Tritt es dennoch auf, darf und muss es angesprochen werden. Es ist die Verantwortung aller, in der Partei im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Diskriminierungen vorzugehen.

Wir richten ein Gremium im Landesverband ein, das für Betroffene von Sexismus, Rassismus und anderer Diskriminierungen als Ansprechpartner dient, das Betroffene unterstützt und ggf. Klärungen



MARITIM BERLIN

85	versucht. Das Nähere zu diesem Gremium wird vom Landesvorstand geregelt. Dabei greift er auf die
86	Erfahrungen der Jusos mit ihrer Anti-Sexismus-Kommission zurück. Die Mitglieder des Gremiums
87	müssen geschult werden.

Dieses Gremium ist mit bestehenden Instrumenten auf Landes- und Kreisebene zu verknüpfen, um ein kohärentes Gesamtkonzept zu bieten.

Darüber hinaus werden auf den Landesparteitagen der SPD Berlin ein Vertrauens-Team anwesend sein, welches aus mindestens zwei Genoss*innen bestehen soll, quotiert besetzt sein soll und dort offiziell genannt werden, um sicherzustellen, dass es allen Teilnehmer*innen bekannt ist.

Wir dulden Sexismus, Rassismus und anderes diskriminierendes Verhalten in unserer Partei nicht. Bei schweren Fällen muss dies zum Ausschluss aus der Partei führen. Die Statutenkommission prüft, ob hierfür statutarische Änderungen nötig sind.

a. Bildungsangebote

Ferner regt die Kommission an, mehr und neue Bildungsangebote für Mitglieder auch außerhalb von Wahlkampfzeiten zu entwickeln.

So spricht sie sich beispielsweise für Fortbildungsangebote zu Moderation und Statut aus.

Schulungen sollen Mitgliederbeauftragte bei der Ansprache der inaktiven Mitglieder unterstützen. Der Landesverband wird aufgefordert, ein Konzept für Neumitglieder zu erarbeiten. (Auf Grundlage des Antrags WV 16/I/2018)

Vor allem für neue Mitglieder soll es "Einstiegsseminare in die Parteiarbeit" geben, in denen in knapper Form ein Einstieg in politische Gespräche vermittelt wird, wie sie – nicht nur – im Wahlkampf geführt werden.

Ferner sollen Neumitglieder gezielt über ihre Beteiligungsmöglichkeiten in Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften, Foren oder Fachausschüssen informiert werden.

Das Starter-Paket soll darüber hinaus auch das Leitbild zur Gleichstellung enthalten.

b. Vereinbarkeit von Beruf, Familie und politisches Engagement

Um auch Eltern die Teilnahme an Sitzungen in Abteilung, Kreis oder Land zu ermöglichen, soll grundsätzlich Kinderbetreuung für Kreisdelegiertenversammlungen und Landesparteitage angeboten werden. Der Landesvorstand und die Kreise entwickeln ein Konzept, wie der Anspruch auf weitere Parteigremien ausgeweitet werden kann.

Über eine eventuelle Erstattung von Babysitterkosten kann auf der jeweiligen Ebene entschieden werden.

Die Kommission empfiehlt den Gremien, ihre Termine langfristig zu planen, um den Mitgliedern die Teilnahme zu erleichtern. Dabei können Gremien auch über alternierende Zeiten für den Sitzungsbeginn entscheiden.



MARITIM BERLIN

128	
129	Sitzungen auf allen Ebenen und in allen Gliederungen der SPD Berlin sollen transparent und im zeitli-
130	chen Verlauf realistisch geplant und die Planung transparent kommuniziert werden. <i>Dabei soll ein</i>
131	Sitzungsende mit Versenden der Tagesordnung festgelegt werden und sollte dann eingehalten wer-

132 den.

Ihre Sitzungen sollen in der Regel nicht länger als zwei Stunden dauern. Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften sollen mindestens alle acht Wochen parteiöffentlich tagen.

Quotierte Redelisten sollen auf allen Ebenen der Berliner SPD eingehalten werden.

Ein "Funktionssharing" - die Besetzung einer Funktion mit zwei Genoss*innen, die sich die Arbeit teilen - muss zunächst rechtlich geprüft werden.

Zur Unterstützung der Organisation und Struktur von Sitzungen erstellt der Landesverband einen empfehlenden Leitfaden. Einen "Verhaltenskodex" lehnt die Kommission ab.

c. Mitgliederbeteiligung

 Die SPD muss interessant bleiben und Ort der politischen Willensbildung sein, unter anderem mit der Erarbeitung neuer interessanter Veranstaltungsformate wie Zukunftswerkstätten oder Programmforen und mit mehr digitalen Möglichkeiten der Beteiligung.

Intransparente Verfahren bei der Aufstellung von Kandidierenden, aber auch bei der Erarbeitung von
 Papieren oder Programmen, sind hingegen geeignet, Mitglieder zu demotivieren. Deshalb wird die
 SPD Berlin darauf achten, dass die Verfahren zur Aufstellung von Kandidat*innen durchsichtig und
 fair gestaltet werden.

Die Kommission hat sich für erweiterte Beteiligungsinstrumente ausgesprochen, dies allerdings grundsätzlich an die Möglichkeit der elektronischen Umsetzung gekoppelt - schon um die zusätzlichen Kosten in Grenzen zu halten und die Kampagnenfähigkeit der SPD nicht zu gefährden.

Dies vorausgesetzt, empfiehlt die Kommission, künftig die Kanzler*innen-Kandidatur, die Spitzen-kandidatur für die Abgeordnetenhauswahl sowie und/oder die Kandidatur für das Amt des/der Regierende/r Bürgermeister*in obligatorisch per Mitgliederentscheid zu ermitteln - wenn mehr als eine Bewerbung vorliegt.

Außerdem *können* vor Abschluss von Koalitionsverträgen auf Bundes- und Landesebene ie Mitglieder über das geplante Regierungsbündnis entscheiden.

Anders sieht es die Kommission bei Spitzenfunktionen der Partei. Weder beim Parteivorsitz noch bei der/dem Generalsekretär*in oder den Direktkandidaturen für die Parlamente auf Bundes-, Landesoder Europaebene sollen obligatorische Mitgliederbefragungen eingeführt werden.



strategische Lösungsansätze erarbeitet werden.

212 213

MARITIM BERLIN

171 172 173	Der Vorschlag, durch eine Statutenänderung die Kandidat*innen-Aufstellung für öffentliche Ämter durch eine Wahlkreisvollversammlung zu ermöglichen, wurde abgelehnt.
174 175	Zur Durchsetzung eines Mitgliederentscheids spricht sich die Kommission für ein Quorum von zwei Fünftel der Unterbezirke auf der Bundesebene und ein Drittel der Kreisvorstände auf der Landesebe-
176 177	ne.
178 179 180	Die Kommission empfiehlt mehrheitlich, das Quorum für ein Mitgliederbegehren auf Bundes- und Landesebene von zehn auf fünf Prozent der Mitgliedschaft abzusenken.
181 182 183	Die jeweiligen Vorstände sollen künftig verpflichtet werden, die Anliegen bei Mitgliederbegehren oder die Abstimmungsalternativen bei Mitgliederentscheiden in der Partei bekannt zu machen, möglichst elektronisch oder auf den üblichen innerparteilichen Informationskanälen und ohne zusätzli-
184 185 186 187	che Kosten zu verursachen. Dabei soll stets die Chancengleichheit gewahrt werden. Die Unterschriften werden in den Geschäftsstellen gesammelt.
188 189 190	Die Kreise werden zur Durchführung von eigenen elektronischen Mitgliederumfragen ermutigt und unterstützt.
191 192 193 194	Zugleich spricht sich die Kommission gegen die Einführung plebiszitärer Elemente aus. So sollen die Vorstände nicht verpflichtet werden, die Mitglieder regelmäßig und von sich aus vor wichtigen inhaltlichen Entscheidungen zu befragen oder die politische Meinung der Basis zu erkunden.
195	4. Kampagnen
196 197 198	Dreh- und Angelpunkt jeder Kampagnenfähigkeit ist das Ehrenamt, die Mund- zu Mund-Propaganda die Überzeugungsarbeit in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Freizeit. Dazu gehört allerdings auch eine mitreißende Politik, über die man spricht.
199 200 201 202	Der SPD Landesverband Berlin hat mit einer steigenden Mitgliederzahl und einem geringeren Durchschnittsalter der Mitglieder als im Bundesschnitt gute Voraussetzungen, erfolgreich Kampagnen und Wahlkämpfe zu bestehen.
203	a. Starke SPD in der ganzen Stadt
204 205 206	Die Kommission war sich einig, dass in Berlin keine weißen Flecken entstehen dürfen, auf denen die SPD nicht präsent ist.
207 208 209	So ist die Unterstützung strukturell schwacher Stadtgebiete beispielsweise in den ehemaligen Ostbezirken notwendig. Ohne eine Verbesserung der Ergebnisse im Osten und Südosten der Stadt verlieren wir unsere Mehrheitsfähigkeit.
210 211	In einer Projektgruppe können rechtzeitig vor der Wahl 2021 inhaltliche, programmatische sowie



MARITIM BERLIN

214	Der Landesvorstand benennt eine*n Beauftragte*n für strukturschwache Kreise, damit die Thematik
215	im Landesvorstand auch gebündelt präsent bleibt und mit Arbeitsaufträgen versehen werden kann.
216	Eine*n Beauftragte*n für die Wahlkampfkoordinierung in den östlichen Bezirken lehnt die Kommissi-
217	on ab.

218 219

Die Forderung, bei der Aufstellung der Landesliste für die nächste Bundestagswahl die Wahlkreise Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Lichtenberg mit einem festen Platz bis Platz 6 auf der Landesliste zu berücksichtigen, fand keine Mehrheit.

221222223

224

220

Die Kommission stimmte ferner mit breiter Mehrheit dagegen, dass bei der Aufstellung von Listen mindestens ein Drittel der aussichtsreichen Plätze an neue Kandidat*innen vergeben werden sollen, die vorher noch kein Mandat hatten.

225226227

b. Präsenz

- 228 Die SPD muss wahrgenommen und möglichst das ganze Jahr über in der Stadt sichtbar sein.
- 229 Rote Busse können vor allem dort eingesetzt werden, wo ansonsten kaum noch Aktivitäten stattfin-
- den. Die Rote-Busse-Teams werden entsprechend geschult.
- 231 Das BeTeam wird verstetigt.

232233

234

Es wird ein Personalpool - die "Solidargruppe" - von Freiwilligen eingerichtet, der über den eigenen Verteiler erreichbar ist. Ziel ist die Unterstützung bei Aktionen und Veranstaltungen auch außerhalb der Wahlkampfzeit.

235236237

238

Spitzenkandidat*innen und Mandatsträger*innen, aber auch der gewählte Landesvorstand der SPD Berlin, werden dazu verpflichtet, sich solidarisch und proaktiv - auch außerhalb von Wahlkampfzeiten - in strukturschwachen Kreisen und Abteilungen verstärkt Präsenz zu zeigen.

239240241

242243

Der Landesvorstand wird aufgefordert, eine Abteilungsvorsitzendenkonferenz zweimal im Jahr in einem interaktiven Format durchzuführen. Das dient dem Zusammenwirken zwischen Landesvorstand und Abteilungen und stärkt außerdem eine abteilungsübergreifende Zusammenarbeit. Wer sich kennt, der schätzt sich und kann voneinander leichter lernen und gemeinsam Dinge bewegen.

244245246

Darüber hinaus schafft der Landesverband Equipment an, das die Abteilungen zum Selbstkostenpreis ausleihen können. Damit werden sie unabhängig von teuren Fremd-Anbietern.

247248249

250

In einer Stadt der Gegensätze und Unterschiede kann es nicht nur eine Antwort geben. Deshalb kann es in Zukunft auch nicht mehr nur "die eine" Kampagne geben und es bedarf überdies mehrerer Personen, die mit den Zielen und Werten der SPD glaubwürdig in Verbindung gebracht werden.

- Die Kommission regt zwei bis drei thematische Mini-Kampagnen des Landesverbandes in Zusam-
- 254 menarbeit mit Kreisen zu wichtigen, die Stadt bewegenden Themen an.
- 255 Die Erfahrungen aus den Kampagnen sind im Wahlkampf zu berücksichtigen.
- 256 Das Kurt-Schumacher-Haus und die zwölf Kreisbüros dienen als gut vernetzte Dienstleister für die



Ehrenamtlichen.

257

297

298

299

MARITIM BERLIN

258	
259	Veranstaltungen mit Partnern in den Kiezen haben sich darüber hinaus bewährt. Vergleichsweise
260	günstige Postkartenkampagnen (kommerzielle Kneipendisplays) unterstützen die Wahrnehmung der
261	SPD über das ganze Jahr.
262	
263	Die enge Bindung der SPD an die Gewerkschaften wird verstärkt. So wird die Arbeit des Gewerk-
264	schaftspolitischen Beirats intensiviert.
265	Es wird eine jährliche Konferenz mit Betriebs- und Personalräten organisiert.
266	
267	Der Landesvorstand wird aufgefordert, die Zusammenarbeit mit nahestehenden Organisationen der
268	SPD Berlin zu stärken. Auch muss ein Format gefunden werden, wie eine dauerhafte Präsenz gewähr-
269	leistet und ein jährliches Treffen organisiert werden kann.
270	
271	5. Wahlkampf
272	Der Parteivorstand und der Landesvorstand sollen Entwürfe für Wahlprogramme mindestens sechs
273	Monate vor dem jeweiligen Parteitag beschließen und zur Debatte in die Partei geben.
274	
275	Um Frauenpolitik sichtbar zu machen, fordern wir von allen Genossinnen und Genossen in künftigen
276	Wahlkämpfen
277	1. Beispiele für historische Leistungen der SPD im Bereich der Gleichstellung
278 279	 Erfolge unserer aktuellen Politik für Frauen Beispiele für unsere künftige Frauenpolitik in den unterschiedlichen Politikfeldern
219	5. Beispiele jur unsere kunjtige Frauenpontik in den unterschiedlichen Pontikjeldern
281	in angemessener Weise darzustellen, und entsprechendes Wahlkampfmaterial zu erarbeiten oder erar-
282	beiten zu lassen.
283	Detecti zu Massen.
284	Um die Wahlkämpfer besser zu unterstützen, ist sich die Kommission einig, dass die Abteilungen die
285	wesentlichen Materialien des Wahlkampfes drei Monate vor dem Wahltermin erhalten sollen.
286	
287	Bei Give-Aways beschränkt sich der Landesverband auf wenige klassische fair gehandel-
288	te, umweltfreundliche und innovative Produkte und stellt den Wahlkämpfenden rechtzeitig Prototy-
289	pen vor. Materialschlachten und "Last-Minute-Schnellschüsse" soll es möglichst nicht mehr geben.
290	Möglichkeiten zur Individualisierung von Give-Aways entlang von wahlkreis- und bezirksspezifischen
291	Themen und Gegebenheiten werden geprüft.
292	Bei der Großflächenwerbung kann zugunsten von regionalisierten Kampagnen und persönlichem
293	Wahlkampf gespart werden.
294	Ferner sollen größere und kleinere Abteilungen des Landesverbands ermutigt werden, Huckepack-
295	Teams zu bilden, um gemeinsame Aktivitäten zu organisieren und sich gegenseitig zu unterstützen.
296	

Da auf Sommer- und Familienfesten auch viele Nichtmitglieder angesprochen und Kontakte ge-

knüpft werden können, entwickelt der Landesverband eine Handreichung für die Abteilungen mit

gebündeltem Know-How für die Organisation solcher Feste. Dabei soll es auch um die Genehmi-



gungsverfahren gehen.

und abgestimmt werden.

b. Delegierte

340 341

342

300

MARITIM BERLIN

301	In einem Leitfaden werden die Abteilungen außerdem über die Möglichkeiten analoger oder digitaler
302 303	Werbung für ihre Veranstaltungen informiert.
304	6. Landesparteitage
305	Die Berliner SPD ist und bleibt eine Programm- und Mitgliederpartei. Zu jedem Parteitag liegen aus
306	allen Gliederungen Anträge vor. Es hat sich bewährt, diese Anträge auf zwei Landesparteitagen im
307	Jahr zu beraten.
308	Jan 24 Delaten.
309	Mit dem stets aktuell gehaltenen Online-System können die Mitglieder, aber auch Interessierte und
310	die Presse jederzeit erkennen, welche Anträge gestellt wurden und wie darüber abgestimmt wurde.
311	Es sollte geprüft werden, ob die Online-Begleitung des Parteitags noch ausgebaut werden kann.
312	
313	Ausdrücklich erkennt die Kommission die Leistung der Mitarbeiter*innen des Kurt-Schumacher-
314	Hauses an, die die Landesparteitage professionell vorbereiten und für einen reibungslosen, satzungs-
315	gemäßen Ablauf sorgen.
316	
317	Delegationen, die bei Landesparteitagen der SPD Berlin nicht quotiert erscheinen, mögen dies öffent-
318	lich durch die Delegationsleitung im Plenum begründen."
319	Dazu möge die Mandatsprüfungskommission vortragen, welche Kreise nicht quotieren.
320	
321	a. Tagesordnung
322	Kritik gibt es allerdings beispielsweise an der Tagesordnung, die oft mit langen Reden, Grußworten
323	und Formalien überfrachtet ist. Die Kommission plädiert dafür, spätestens nach zwei Stunden mit
324	der Antragsberatung – <i>mit Ausnahme von Wahlparteitagen -</i> zu beginnen.
325	
326	Der Vorschlag, Grußworte auf eine Stunde zu beschränken und zwei Drittel des Parteitags für die
327	Antragsberatung zu reservieren (bei Wahlen ein Drittel), fand keine Mehrheit.
328 329	Die Delegierten sollen die Möglichkeit erhalten, selbst über die Reihenfolge der Beratung der An-
330	tragsblöcke zu entscheiden. Dies soll nicht der Antragskommission überlassen werden.
331	tragsblocke zu entscheiden. Dies son nicht der Antragskommission überlassen werden.
332	Statutenändernde Anträge werden am Anfang der Parteitage behandelt.
333	Für den Vorschlag, zeitgleich mit der Einberufung des Parteitags thematische Schwerpunkte zu ver-
334	öffentlichen, gab es eine Mehrheit.
335	and the second s
336	Die Organisationspolitische Kommission wird im Einvernehmen mit dem Landesvorstand ein Verfahren
337	entwickeln und dem Landesparteitag zur Abstimmung stellen, mit dem vor Beginn der Antragsbera-
338	tung eine Priorisierung der Anträge vorgenommen wird. Dieses Verfahren hat das Ziel, aus der Masse
339	der eingehenden Anträge, jene auszuwählen, die in jedem Fall auf dem Landesparteitag besprochen



Delegierte werden in den Abteilungen, auf KDVen oder auf dem Landesparteitag für die jeweils

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD 16./17. NOVEMBER 2018

343

MARITIM BERLIN

344 345 346	nächsthöhere Ebene nominiert und/oder gewählt. Die Arbeitsgemeinschaften sollen keine eigenen Delegierten für die KDVen und den Landesparteitag erhalten.
347 348 349	Keine Zustimmung gab es in der Kommission für den Vorschlag, jeweils 25 Prozent einer Parteitagsdelegation neu zu bestimmen, wobei die ausgeschiedenen Delegationsmitglieder beim nächsten Mal wieder kandieren können.
350	
351	Daneben stimmte die Kommission für den Antrag, in §15* des Organisationsstatuts der SPD Berlin
352	auch die Berliner Abgeordneten des Europaparlaments, die SPD-Mitglieder der Bezirksämter sowie
353 354 355	die Berliner Mitglieder der Bundesregierung zu beratenden Delegierten des Landesparteitags sowie den jeweiligen Kreisdelegiertenversammlungen aufzunehmen.
356	Auf Bundesparteitagen sollen die Mitglieder der Bundesregierung mit beratender Stimme teilneh-
357	men.
358	Dass Mandatsträger*innen grundsätzlich nicht Delegierte mit Stimmrecht auf Landes- und Bundes-
359	parteitagen sein können, fand keine Mehrheit.
360	partertagen sem kommen, rana keme Memmen.
361	Die Kommission empfiehlt, dass Mandatsträger*innen grundsätzlich nicht Delegierte mit Stimm-
362	recht auf Landes- und Bundesparteitagen sein sollten.
363	у сель вы сель сель сель сель сель сель сель сель
364	c. Rederecht
365	Eine Ausweitung des Rederechts auf dem Landesparteitag für alle Mitglieder wird abgelehnt. Das gilt
366	auch für die KDVen. Die KDV entscheidet selber, wer Rederecht besitzt.
367	
368	Überdies ist die Redeliste transparent zu führen.
369	Delegierte, die noch nicht das Wort hatten, werden vorgezogen.
370	Die Redelisten auf Parteitagen soll nach dem Reißverschlussprinzip und Erstredner*innen quotiert er-
371	stellt werden. Zur Redeliste zählt bereits die Einbringung des Antrages. Die Redeliste wird geschlossen,
372	wenn die Quote nicht mehr eingehalten werden kann. Die Redeliste kann per Geschäftsordnungsan-
373	trag (der durch das Plenum gestellt wird) für jeweils drei weitere Personen eines Geschlechts geöffnet
374	werden.
375	
376	d. Anträge
377	Die Kommission appelliert an die Antragsteller*innen, ihre Forderungen und die Begründung in den

e. Antragskommission

383 Die Anträge werden auch künftig von einer Antragskommission vorstrukturiert und beraten.

Alle Antragsteller*innen *müssen* die Antragsfrist einhalten, das gilt auch für Leitanträge.

Außerdem sollen sie mit einem Votum versehen werden.

Anträgen klarer zu trennen und den Antragswillen voran zu stellen.

384 385

378379

380 381



Es wird eine Konsensliste nach Antragsbereichen entwickelt, über diese kann abgestimmt werden.

Der Parteitag soll im Fall der Zusammenfassung von Anträgen durch die Antragskommission

über den Text der Antragskommission abstimmen. Im Falle, dass die Anträge in der Form des Antrag-

stellers zur Abstimmung gestellt werden, wird über den Antrag (und nicht das Votum der Antrags-

Das Antragsbuch soll künftig schnellstmöglich nach Antragsschluss auch ohne die Empfehlungen der

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD 16./17. NOVEMBER 2018

kommission) abgestimmt.

Dennoch wird eine stringente Beratung gewahrt.

386

387 388

389

390

391 392

393

394

MARITIM BERLIN

395 396	Antragskommission online gestellt werden und zur Abholung im KSH auf Wunsch bereitgestellt werden. Mit den Voten der Antragskommission ist das Antragsbuch dann allen Delegierten zuzusenden.
397	
398	Für die Delegiertenversammlungen der Kreise und Arbeitsgemeinschaften sowie den Landespartei-
399	tag werden Antragsunterlagen elektronisch zur Verfügung gestellt. Delegierte, Ersatzdelegierte und
400	Teilnehmer*innen erhalten gedruckte Antragsunterlagen, wenn sie dies wünschen. Hierfür erfolgt
401	vor der ersten Sitzung der jeweiligen Wahlperiode eine Abfrage.
402	
403	Die organisationspolitische Kommission lehnt die vorgeschlagene Begrenzung der Mitgliedschaft in
404	der Antragskommission ab.
405	
406	Auch ein entsprechender Appell an die Kreise, ihre Vertreter*innen nur zeitlich befristet in die An-
407	tragskommission zu entsenden, fand keine Mehrheit.
408	
409	f. Konsensliste
410	Damit auch Gäste, Presse und vor allem die Delegierten der Antragsdebatte besser folgen können, sol-
411	len die Anträge auf den Leinwänden abgebildet werden.
412	
413	7. Landesvorstand
414	Forderungen nach einer breiten personellen Aufstellung der Partei werden in der Kommission nur
415	grundsätzlich geteilt.
416 417	Der Vorschlag, dass der Geschäftsführende Landesvorstand nicht fast vollständig aus Mandatsträger*innen besteht, sondern die Vielfalt der Partei (Frauen/Männer, Jüngere und Ältere, Genoss*inner
417	mit unterschiedlichen Lebenshintergründen) abbilden sollte, wurde abgelehnt.
419	init unterschiedlichen Lebenshilltergrunden, abbilden sonte, wurde abgeleint.
420	Dass Jusos verpflichtend in allen geschäftsführenden Vorständen berücksichtigt werden müssen,
421	fand in der Kommission keine Mehrheit.
422	Tand in der Rommission Reine Weimiere.
423	8. Verbesserte Abstimmung Bezirke/Land/Bund
424	Um politisch besser wirken und als Partei erkennbar zu sein, ist ein gutes Zusammenspiel der unter-
425	schiedlichen politischen Ebenen notwendig. Dazu müssen wir den Informationsaustausch und die
426	Abstimmung über inhaltliche Themen zwischen den Gremien auf allen Ebenen <i>und in beiden Rich-</i>
427	tungen verbessern
428	



470

471

MARITIM BERLIN

429 430 431	Zunächst ist eine Bestandsaufnahme nötig: Eine Übersicht über die wechselseitige Gremienteilnahme von Mandatsträger*innen und Ehrenamtlichen soll erstellt werden.
432 433 434 435 436	Vor allem eine gemeinsame Kommunikation von Bundes-, Landes- und Kommunalebene kann die Position der Partei in der Öffentlichkeit sichtbar machen. Dazu muss die Verbindlichkeit von Absprachen verbessert sowie die Aufmerksamkeit für Themen konsequent und Ebenen übergreifend erhöht werden.
437 438 439	Leitanträge für Landesparteitage können gemeinsam erarbeitet werden. In den Gremien sollen regelmäßige Berichte abgegeben werden.
440 441 442 443	Das Format eines Jour fix, das im Sommer gemeinsam mit dem Senat, Fraktionsvorstand, GLV stattfindet, sollte auch zwei Mal auch im laufenden Jahr einberufen werden. Optional kann ein Tagesseminar organisiert werden, um eine gemeinsame Strategie zu planen.
443 444 445 446 447 448	Angeregt wird ferner, dass sich die Landesgruppe ein bis zwei Mal im Jahr mit den Fraktionsvorsitzenden der BVVen und des Abgeordnetenhauses zu einer Koordinierungsrunde trifft. Auf einem jährlichen Treffen mit der/dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion können grundsätzliche Absprachen getroffen werden.
449 450 451 452	Eine Landesvorstandsklausur mit den BVV-Fraktionsvorsitzenden soll den Tagesordnungspunkt "Zusammenarbeit Bund, Länder, Bezirke" aufrufen. Wichtig ist, dass auch die SGK ihre Vorschläge dar-über einbringt, wie die Vernetzung zwischen Bezirken, Land und Bund vorangetrieben werden kann.
453 454 455 456	Angeregt wird, dass die/der Vorsitzende der AG Fraktionsvorsitzende einmal im Quartal im Landesvorstand Bericht erstattet. Der Austausch von Anträgen zwischen den BVV-Fraktionen soll institutionalisiert werden.
457 458 459 460	Zur Verbesserung der gegenseitigen Information kann auch eine monatliche Übersicht dienen, in der die Aktivitäten den jeweiligen Gliederungen zugeordnet werden und die den Kreisvorständen zur Verfügung gestellt werden sollte.
461 462 463 464 465	Es wird eine Koordinierungsstelle geschaffen, die ggf. in einem zweiten Schritt zu einer strategischen Planungsstelle ausgebaut wird. Dort sollen Planungsstände von Vorhaben (Gesetze, Anträge etc.) zusammen geführt werden, um eine verbesserte Kooperation zu ermöglichen (Schaltstelle). Außerdem sollten weitere Gremien (z. B. AG Fraktionsvorsitzende) eingebunden werden.
466 467 468 469	Ziel ist es daneben, die Präsenz der Senatsmitglieder, Abgeordneten und Bezirksverordneten in den Wahlkreisen zu erhöhen. Die Mandatsträger*innen in den Bezirken sollten mehr Einladungen erhalten, eine Mandatsträger*innen-Liste mit Angaben über Themengebiete oder Qualifikationen wird erstellt.

Zur Verbesserung der gegenseitigen Information regt die Kommission an, die Tagesordnungen und



rearmen Version zur Verfügung gestellt werden.

10. Hauptamtliche

509 510

511

512

513 514

MARITIM BERLIN

472 473	Anträge der BVV-Fraktionen, Fraktion im AH, des Landesvorstandes oder auch der Kreisvorstände gegenseitig zur Verfügung zu stellen.
474 475 476	Die Geschäftsführer*innen tauschen sich ggf. durch wöchentliche Telefonkonferenzen untereinander aus.
477	
478 479 480	Die Kommission regt die Erstellung eines Online-Pools/Datenbank für Gliederungen an, in dem unter anderem Referent*innen zu einzelnen Themen aufgenommen werden, auf die Parteigremien zurückgreifen können.
481	ruckgrenen konnen.
482	9. Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse
483	Arbeitsgemeinschaften repräsentieren die Vielfalt der Mitgliedschaft und bieten gerade neuen Mit-
484 485	gliedern die Möglichkeit, sich inhaltlich einzubringen, Verantwortung zu übernehmen und die Positionen der Partei in den ihnen nahestehenden gesellschaftlichen Gruppen zu vertreten.
486	onen der Farter in den innen nanestenenden gesenschartnenen Gruppen zu vertreten.
487	Die Kommission schlägt vor, alle Mitglieder einmal im Jahr mit der Informationen "Wo-kannst-du-
488 489	mitmachen" digital zu den Arbeitsgemeinschaften einzuladen.
490 491	Die Neumitgliedertreffen werden auch in Absprache mit den Arbeitsgemeinschaften organisiert. Die Arbeitsgemeinschaften erhalten dort die Möglichkeit, die Neumitglieder gezielt über ihre Arbeit zu
492	informieren und auf gemeinsame Interessen und Vorhaben hinzuweisen.
493	
494 495	Mitglieder sollen grundsätzlich die Möglichkeit haben, wohnortnah Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften zu besuchen. Wo dies nicht möglich ist, wollen künftig bezirksübergreifende Kooperationen
496	gefördert und AG-Strukturen gegründet werden.
497	Die Aubeitenenseinseheften melleren einen Neumitelieden Desuftwerte auf Landershaue bewernen
498 499	Die Arbeitsgemeinschaften müssen eigene Neumitglieder-Beauftragte auf Landesebene benennen, auf Kreisebene gilt die Soll-Regelung.
500 501	Der Verschlag der Luses ein automatisiertes Verfahren für die Mitgliedshowegung heit Nur Luses" zu
502 503	Der Vorschlag der Jusos, ein automatisiertes Verfahren für die Mitgliedsbewegung bei "Nur-Jusos" zu entwickeln, fand eine Mehrheit.
504	Auf Zustimmung stieß der Vorschlag, alle Fachausschüsse und Arbeitskreise für alle Mitglieder zu
505	öffnen, mehr Transparenz zu schaffen und über die Arbeit regelmäßig zu informieren. <i>Die satzungs-</i>
506 507	gemäßen Quotenvorgaben gelten auch für die Fachausschüsse.
508	Der Dienstagsbrief soll künftig für Mitglieder mit Beeinträchtigungen umgebaut und in einer barrie-

Die Forderung, zusätzliches hauptamtliches Personal auf Landes- oder Kreisebene zur Unterstützung

der Arbeitsgemeinschaften einzustellen, wurde hingegen mit großer Mehrheit abgelehnt.



Keine Zustimmung fand die Idee, beim Landesverband die Stelle eines/einer Engagementbeauftrag-

Um in unseren Parteistrukturen und -prozessen mögliche Engagement-Hemmnisse für eine Vielfalt

an Menschen abzubauen, wird das Projekt Interkulturelle Kompetenzen (IKÖ) weitergeführt.

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD 16./17. NOVEMBER 2018

ten als zentrale Anlaufstelle für Mitglieder zu schaffen.

Folgende Prüfaufträge wurden verabredet:

515

516

517

518

556

MARITIM BERLIN

519	
520 521	Alle hauptamtlichen Stellen auf Kreis-, Landes- oder Bundesebene sollen zudem künftig verpflichtend parteiöffentlich ausgeschrieben werden.
522	F-11-0-1-0-1-0-1-0-1-0-1-0-1-0-1-0-1-0-1
523	11. Digitales
524	Mit der Absicht, Partizipationsformen zu erweitern und damit die Vereinbarkeit von ehrenamtlichem
525	Engagement, Familie und Beruf zu erleichtern, müssen traditionelle Mitmach-Formate um Online-
526	Mitmachmöglichkeiten ergänzt werden.
527	
528	Zur Arbeitserleichterung sieht die Kommission die Einführung neuer Projektmanagement- und
529	Kommunikationstools sowie einer parteiinternen Online-Plattform vor.
530	
531 532	Es soll geprüft werden, wie allen Mitgliedern alle bekannten relevanten Informationen parteiintern
533	zur Verfügung gestellt werden <i>können</i> . Ziel ist es, ein zentrales Wissens- und Informationsmanagement für den Landesverband zu haben.
534	Zierist es, ein zentrales wissens- und informationsmanagement für den Landesverband zu naben.
535	Zudem wird der Beschluss des Bundesparteitages 2017, bis zum Frühjahr 2019 eine SPD-App bereit-
536	zustellen, unterstützt. Diese muss durch ihr Nutzererlebnis und einen praktischen Mehrwert über-
537	zeugen.
538	
539	Als Möglichkeit der digitalen Beteiligung auf Bundesebene wird bis spätestens 2019 eine begrenzte
540	Anzahl von Online-organisierten Themenforen geöffnet werden. Diese Beteiligungsform soll jeweils
541	zeitlich begrenzt und zu aktuellen Themen erfolgen.
542	Ergänzend sollte der Landesvorstand Themenforen zu Themen eröffnen, die auf Bundesebene nicht
543	existent oder landesspezifisch sind.
544	
545	Auf Bundesebene soll ein Online-Ideenmanagement als Infoportal eingeführt werden, welches auf
546	Landesebene genutzt werden soll.
547	
548	Die traditionellen Weiterbildungsmöglichkeiten der Partei sind durch elektronische Fortbildungs-
549	möglichkeiten zu ergänzen.
550	
551	Es wird den Gliederungen technisch ermöglicht, eine digitale Beteiligung an Sitzungen und Veran-
552	staltungen anzubieten. Ob diese tatsächlich angeboten wird, ist den Gliederungen überlassen.
553	For all account to contain the discounting Production of the Contain P
554	Es soll geprüft werden, ob die Online-Begleitung des Landesparteitags ausgeweitet werden kann.
555	



MARITIM BERLIN

558		stand/Landesverband
559	•	Schaffung von technischen Möglichkeiten und Werbung für deren Nutzung
560	•	"digitale, orts- und uhrzeitenunabhängige Beteiligungsformen ermöglichen
561	•	SPDdoc-Online zur Erarbeitung von Papieren, Anträgen etc., aber auch zum Abruf von bereits
562		vorhandenen Papieren (bspw. Protokollen)
563	•	Abteilungssitzung transparenter und offener gestalten, ggf. unterstützt durch Videokonfe-
564		renzen oder Telefonkonferenzen
565	•	Fortbildungsmöglichkeiten auch online schaffen (Webinar)

• Geschlossene Video- und Telefonkonferenzen – Angebote durch den Parteivor-

566

557

Die Organisationspolitische Kommission wird ggf. in Zusammenarbeit mit der Statutenkommission auf
 Grundlage des beschlossenen Berichts über konkrete Umsetzungen weiter beraten.